

Immanuel Wallerstein, 2002

NEUE REVOLTEN GEGEN DAS SYSTEM

Der lang andauernde Widerstand gegen die etablierte Ordnung *New Left Review* 18, November-Dezember 2002

Ich habe den Begriff "**antistemische Bewegung**" in den siebziger Jahren geprägt, um eine Formulierung zur Verfügung zu haben, die das Zusammenführen, was historisch und analytisch zwei unterschiedliche und in vielerlei Hinsicht rivalisierende kollektive Bewegungen waren, diejenigen, die unter dem Namen "sozial" und jene, die als "national" bekannt waren. **Soziale** Bewegungen wurden vorrangig als sozialistische Parteien und Gewerkschaften gebildet. Sie strebten danach, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie oder die Arbeitgeber im jeweiligen Land voran zu bringen.

Nationale Bewegungen kämpften für die Schaffung eines Nationalstaates, entweder durch die Vereinigung getrennter politischer Einheiten, die als Teil einer Nation betrachtet wurden – wie zum Beispiel in Italien – oder durch Abspaltung der jeweiligen Nationen von Staaten, die als imperial und repressiv wahrgenommen wurden – zum Beispiel die Kolonien in Afrika und Asien. (...)

Beide Bewegungen hatten das Problem, die **Zwei-Schritt-Strategie** umzusetzen. Sobald "Schritt eins" vollbracht war und sie an der Macht waren, erwarteten ihre Anhänger, dass sie die Versprechen des zweiten Schrittes hielten: die Welt zu verändern. Sie entdeckten, wenn sie es nicht schon vorher gewusst hatten, dass die Staatsmacht begrenzt war, als sie gedacht hatten. Jeder Staat war dadurch eingeschränkt, dass er Teil eines zwischenstaatlichen Systems war, in dem die Souveränität keines einzigen Staates absolut war. Je länger sie im Amt blieben, desto länger schienen sie die Einlösung ihrer Versprechen hinaus zu schieben. Aus den Kadern einer militanten Mobilisierungsbewegung wurden Funktionäre einer Partei an der Macht. Ihre gesellschaftlichen Positionen änderten sich und damit zwangsläufig auch ihre individuelle Psyche. Was in der Sowjetunion als die „Nomenklatura“ bekannt war, schien in der einen oder anderen Form in jedem Staat zu entstehen, in dem eine dieser Bewegungen die Kontrolle übernahm. Es entsteht eine privilegierte Kaste höherer Beamte, mit mehr Macht und mehr realen Wohlstand als der Rest der Bevölkerung. Zur gleichen Zeit wurden die gewöhnlichen Arbeiter eindringlich aufgefordert, noch härter zu arbeiten und noch größere Opfer im Namen der nationalen Entwicklung zu bringen. Die militante gewerkschaftliche Taktik, die das

tägliche Brot der sozialen Bewegung gewesen war, wurde als "Konterrevolutionär" gebrandmarkt, diskreditiert und üblicherweise unterdrückt, sobald sie an der Macht war.

Eine Analyse der Situation der Welt der **sechziger Jahre** zeigt, dass die beiden Bewegungen sich ähnlicher als je zuvor waren. In den meisten Ländern hatten sie Schritt eins der Zwei-Schritt-Strategie vollbracht, sie waren **praktisch überall an der Macht**. Kommunistische Parteien regierten in einem Drittel der Welt, von der Elbe bis zum Amur; Nationale Befreiungsbewegungen in Asien und in Afrika, Volksbewegungen in Lateinamerika und sozialdemokratische Bewegungen oder ihre Nachfolger im größten Teil der europäischen Umwelt waren, zumindest auf alternierender Basis an der Macht.

Jedoch sie hatten die Welt nicht verändert, weder 1968 noch danach. Eine Kombination dieser Faktoren lag der **Weltrevolution von 1968** als Hauptmerkmal zugrunde. Die Revolutionäre hatten verschiedene lokale Ansprüche, aber sie teilten fast überall zwei grundlegende Argumente.

Zunächst widersetzten sie sich der **Hege-
monie** der Vereinigten Staaten und der stillschweigenden Duldung dieser Hegemonie durch die Sowjetunion.

Zweitens verurteilten sie die **Alte Linke** als "nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems". Dieses zweite gemeinsame Merkmal entstand aus der massiven Desillusionierung der Unterstützer der traditionellen antistemischen Bewegungen über die Art der tatsächlichen Machtausübung. Die Länder, in denen sie aktiv waren, erlebten eine Reihe von Reformen – üblicherweise gab es Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Beschäftigungsgarantien. Aber es blieben beträchtliche Ungleichheiten. Die entfremdende Lohnarbeit war nicht verschwunden.

Im Gegenteil, der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen war gestiegen. Es gab wenig oder keine Ausweitung der demokratischen Teilhabe, weder auf Regierungsebene noch am Arbeitsplatz, oft war es sogar umgekehrt. Im internationalen Maßstab neigten diese Länder dazu, eine sehr ähnliche Rolle im Weltsystem zu spielen, wie sie diese auch zuvor gespielt hatten. So war Kuba vor der Revolution eine Zucker exportierende Wirtschaft

gewesen und blieb das auch danach, zumindest bis zum Ende der Sowjetunion. Kurz und gut, **es hatte sich nicht genug geändert**. Die Beschwerden mögen sich leicht geändert haben, aber sie waren so real und im Allgemeinen so zahlreich wie zuvor. Die Bevölkerung dieser Länder wurde von den Bewegungen an der Macht beschworen, Geduld zu üben, weil die Geschichte auf ihrer Seite stehe. Aber der Geduldstraden war am reißen.

Die Völker der Welt beurteilten die Machtausübung der klassischen antistemischen Bewegungen negativ.

Sie glaubten nicht länger, dass diese Parteien eine glorreiche Zukunft oder eine gerechtere Welt bringen würden und sie verweigerten ihnen schließlich die Legitimation. Nachdem die Völker das Vertrauen in die Bewegungen verloren hatten, verloren sie auch ihren Glauben an den Staat als Mechanismus der Transformation. Das bedeutete nicht, dass große Teile der Bevölkerung in Wahlen ihre Stimmen nicht länger solchen Parteien gegeben hätten, aber es waren rein defensive Stimmen, des kleinen Übels wegen, keineswegs eine Bestätigung der Ideologie oder der Erwartungen.

Vom Maoismus nach Porto Alegre

Seit 1968 wurde langsam aber anhaltend nach einer besseren Form der antistemischen Bewegung gesucht, eine die wirklich zu einer demokratischen, gerechteren Welt führen sollte. Es gab **vier verschiedene Versuche**, dies zu erreichen, einige davon dauern noch an.

Der erste war die Blüte vielfältiger

Maosismen. Seit den sechziger bis Mitte der siebziger Jahre entstand eine große Zahl von verschiedenen konkurrierenden Bewegungen, die meisten klein, aber einige beeindruckend groß. Sie erhoben den Anspruch, maoistisch zu sein, womit sie meinten, dass sie auf die eine oder andere Weise von der Kulturrevolution in China inspiriert waren. Im Prinzip argumentierten sie, dass die Alte Linke gescheitert war, weil sie nicht die reine Lehre der Revolution gepredigt hatte, die sie jetzt vortragen. Aber diese Bewegungen verliefen sich aus zwei Gründen im Sande. Erstens stritten sie untereinander erbittert darüber, was die reine Lehre war,

und wurden deshalb schnell winzige, isolierte Sektiererguppen; oder wenn sie groß waren wie in Indien, entwickelten sie sich zu neueren Versionen der Bewegung der Alten Linken. Der zweite und wesentlichere Grund war; dass mit dem Tod Mao Tse Tungs der Maoismus in China verschwand und damit die Quelle ihrer Inspiration. Heutzutage existieren keine solchen Bewegungen von Bedeutung.

Eine **zweite**, dauerhaftere Form, die Anspruch auf den antisystemischen Status erhob, waren die **Neuen Sozialen**

Bewegungen – die Grünen und andere Umweltbewegungen, die Feministinnen, die Kampagnen rassischer und ethnischer "Minderheiten", wie die Schwarzen in den Vereinigten Staaten oder die Kinder der Migranten in Frankreich. Diese Bewegungen beriefen sich auf eine lange Geschichte, tatsächlich aber wurden sie erstmals in den siebziger Jahren bekannt oder sie erstanden in dieser Zeit in erneuerter oder militanterer Form. Sie waren im europäischen Umfeld stärker als anderswo auf der Welt.

Ihre gemeinsamen Merkmale waren zum einen die ausdrückliche Ablehnung der Zwei-Schritt-Strategie der Alten Linken, deren interner Hierarchien und deren Prioritäten – die Vorstellung, dass die Bedürfnisse von Frauen, "Minderheiten" und der Umwelt sekundär waren und erst "nach der Revolution" angegangen werden sollten. Und zum anderen waren ihnen der Staat und staatsorientierte Aktionen sehr suspekt.

In den achtziger Jahren waren alle diese neuen Bewegungen intern gespalten zwischen Fundis und Realos wie es die deutschen Grünen nannten. Es stellte sich heraus, dass die Debatte "Revolution oder Reform" vom Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wieder auflebte. Das Ergebnis war, dass die Fundis in jedem Fall verloren und mehr oder weniger verschwanden. Die siegreichen Realos erschienen immer mehr als eine Art sozialdemokratische Partei, nicht allzu verschieden von der klassischen Sozialdemokratie, wenn auch mit mehr Rhetorik über Ökologie, Sexismus, Rassismus und verwandte Themen. Heutzutage haben diese Bewegungen in manchen Ländern noch Bedeutung, aber sie scheinen kaum antisystemischer als die Altlinken – besonders seit die Alte Linke die Lehre aus 1968 gezogen hatte und Themen wie Ökologie, Geschlechterrollen, sexuelle Orientierung und Rassismus in ihre Programme aufnehmen musste.

Die **dritte** Form, die Anspruch darauf erhebt, antisystemisch zu sein, sind die **Menschenrechtsorganisationen**.

Selbstverständlich gab es manche, wie z.B. amnesty international, schon vor 1968, aber die meisten wurden erst in den 80er Jahren eine größere politische Kraft. Unterstützung

kam von Präsident Carter der die Menschenrechtsterminologie in seine Mittelamerikapolitik aufnahm, und der die Schlussakte von Helsinki 1975 mit den kommunistischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa unterzeichnete. Beides gab den zahlreichen Organisationen, die jetzt die Bürgerrechte zum Thema machen, die Legitimation des Establiments. In den 90er Jahren führte das Medieninteresse an ethnischen Säuberungen besonders in Ruanda und auf dem Balkan zu einer heftigen öffentlichen Diskussion über diese Themen.

Die Menschenrechtsorganisationen erhoben den Anspruch, im Namen der "*Zivilgesellschaft*" zu sprechen. Der Begriff selbst weist auf die Strategie hin: Zivilgesellschaft ist per definitionem nicht der Staat. Das Konzept bezieht sich auf eine Unterscheidung aus dem 19. Jahrhundert zwischen dem pays legal und dem pays réel – zwischen denjenigen an der Macht und jenen, welche die öffentliche Meinung repräsentieren – und wirft die Frage auf: wie kann die Zivilgesellschaft die Kluft zwischen sich und dem Staat schließen? Wie kann sie den Staat kontrollieren oder den Staat dazu bewegen, ihre Werte anzunehmen? Die Unterscheidung scheint darauf zu beruhen, dass der Staat derzeit von einer kleinen privilegierten Gruppe kontrolliert wird, während die "Zivilgesellschaft" aus der aufklärten Gesambevölkerung besteht. Diese Organisationen bewirkten, dass sie einige Staaten – vielleicht sogar alle – dazu bewegten, ihre Politik in Bezug auf die Menschenrechte zu verändern. Aber im Laufe des Prozesses wurden sie mehr zu Anhängseln des Staates als zu dessen Gegnern und schienen im Großen und Ganzen wenig antisystemisch zu sein. Sie wurden **NGOs**, zumeist im Zentrum angesiedelt, und doch versuchten sie, ihre Politik in der Peripherie durchzusetzen, wo sie oft eher als Agenten ihrer Heimatländer angesehen wurden als deren Kritiker. Auf jeden Fall haben diese Organisationen selten die Unterstützung der Massen mobilisiert und verließen sich vielmehr auf ihre Fähigkeit, Nutzen aus der Macht und der Stellung ihrer militänten Elite im Zentrum zu ziehen.

Die **vierte** und jüngste Variante sind die sogenannten **Antiglobalisierungsbewegungen** – eine Bezeichnung, die weniger von den Bewegungen selbst benutzt wird als vielmehr von ihren Gegnern. Vor der WTO-Konferenz in Seattle im Jahr 1999 wurde dieser Begriff in den Medien kaum benutzt. Die "Globalisierung" als Schlagwort der neoliberalen Vertreter des Freihandels für Waren und Kapital, war während der 90er Jahre eine starke Kraft geworden. Das Interesse der Massenmedien galt dem Weltwirtschaftsforum in Davos, dessen institutionelle Verankerung

durch das Washingtoner Abkommen geschaffen wurde, das stärkte die Politik des IWF und der WTO. **Seattle** sollte ein Schlussmoment für die erweiterte Rolle der WTO sein. Die massiven Proteste, welche die Durchführung behinderten, überraschten viele. Unter den Demonstranten waren sehr viele Nordamerikaner von den Altlinken, den Gewerkschaften, den neuen Bewegungen und anarchistischen Gruppen. Dass der AFL-CIO (American Federation of Labor - Congress of Industrial Organizations, der größte Gewerkschaftsbund der USA; Anm. d. Übers.) bereit war, bei einer so militanten Aktion an der Seite von

Umweltgruppen zu stehen, das war in der Tat etwas Neues, insbesondere für die USA. Die fortdauernden weltweiten Demonstrationen nach Seattle gegen die zwischenstaatlichen Regierungstreifen mit ihrer neoliberalen Agenda, führten hingegen zur Organisation des **Welsozialforums**, dessen erstes Treffen in Porto Alegre stattfand. Das zweite im Jahr 2002 zog über 50.000

Delegierte aus über 1000 Organisationen an. Seitdem fanden eine Reihe regionaler Treffen statt, die das WSF 2003 vorbereiten. Die Charakteristika dieser neuen Bewegung, die den **Anspruch** erhebt, **antisystemisch** zu sein, unterscheiden sich stark von denen früherer Versuche. Zunächst versucht das WSF, all die vorhergehenden Formen zusammenzubringen – die Altlinken, die neuen Bewegungen, Menschenrechtsgruppen und andere, die nicht so einfach in diese Kategorien einzuordnen sind – und umfasst Gruppen, die streng lokal, regional, national oder transnational organisiert sind. Die Basis für die Teilnahme ist ein **gemeinsames Ziel – der Kampf gegen die sozialen Übel in der Folge des Neoliberalismus** – und der gemeinsame Respekt für die jeweils vorhandenen Prioritäten. Wichtig ist, dass das WSF versucht, die Bewegungen aus dem Norden und dem Süden auf einer gemeinsamen Ebene zusammenzubringen. Der einzige Slogan bis jetzt lautet "Eine andere Welt ist möglich". Noch überraschender ist, dass das WSF versucht, all das zu tun, ohne eine umfassende Organisationsstruktur zu schaffen. Zur Zeit gibt es nur ein internationales Koordinationskomitee aus rund 50 Personen, welche die unterschiedlichen Bewegungen und Weltgenden repräsentieren. Obwohl von den Altlinken ein Grummeln zu vernehmen war, das WSF sei nur eine reformistische Fassade, gab es bis jetzt vergleichsweise nur wenige Beschwerden. Die Grummler stellen nur Fragen, sie klagen noch nicht an. Es ist natürlich weithin anerkannt, dass das Ausmaß dieses Erfolgs auf der negativen Ablehnung des Neoliberalismus als Ideologie und als institutionelle Praxis beruht. Von vielen wurde gefordert, dass das WSF ein klareres, positiveres Programm propagieren müsse. Ob es das leisten kann und weiterhin die Einheit aufrechterhalten kann, ob es ohne eine umfassende

(unvermeidlicherweise hierarchische) Struktur auskommen kann, ist die große Frage des nächsten Jahrzehnts.

Eine Zeit des Übergangs

Wenn, wie ich an anderer Stelle argumentiert habe, das moderne **Weltsystem** in einer **strukturellen Krise** steckt und wenn wir uns in einer "Zeit des Übergangs" befinden – einer Zeit der Entscheidungen und des Chaos – dann ist es offensichtlich, dass die Themen, mit denen die antysystemischen Bewegungen konfrontiert sind, sich ganz anders stellen als im 19. und auch im 20. Jahrhundert.

Sowohl die staatsorientierte als auch die Zwei-Schritt-Strategie sind irrelevant geworden. Das erklärt das Unbehagen der meisten Nachkommen der vorrnaligen antysystemischen Organisationen, keine langfristigen oder unmittelbaren politischen Ziele propagieren zu können. Die wenigen, die es versuchen, sehen sich mit der Skepsis ihrer erhofften Anhänger konfrontiert, oder schlimmer noch, mit Gleichgültigkeit.

Eine solche Zeit des Übergangs hat **zwei Charakteristika**, welche die eigentliche Idee einer antysystemischen Strategie dominieren.

Als erstes werden diejenigen an der Macht nicht länger versuchen, das bestehende System aufrechtzuerhalten (da es zur Selbstzerstörung verdammt ist.). Sie werden vielmehr versuchen, einen Übergang zum Aufbau eines neuen Systems sicherzustellen, das die schlimmsten Merkmale des bestehenden wiederholen wird – seine Hierarchien, Privilegien und Ungleichheiten. Auch wenn sie jetzt noch keine Sprache benutzen, die das Ende der bestehenden Strukturen ankündigt, implementieren sie eine Strategie auf der Grundlage solcher Annahmen. Natürlich ist ihr Lager nicht einheitlich. Das zeigt sich an dem Konflikt zwischen den so genannten gemäßigten rechten "Traditionalisten" und den ultrarechten, militaristischen Falken. Aber sie arbeiten hart daran, Rückhalt für **Veränderungen zu schaffen, die keine Veränderungen sein werden**, ein neues System so schlecht wie – oder schlechter als – das gegenwärtige.

Das zweite grundlegende Merkmal ist, dass eine Zeit des systemischen Übergangs von

tiefer **Unsicherheit** geprägt ist und es ist unmöglich, zu wissen, was das Ergebnis sein wird. Die Geschichte steht auf niemandes Seite. Jeder von uns kann die Zukunft beeinflussen, aber wir wissen nicht, und können nicht wissen, in welcher Weise auch andere Einfluss nehmen. Der dem WSF zugrunde liegende Rahmen reflektiert dieses Dilemma und unterstreicht es.

Strategische Überlegungen

Eine Strategie für die Zeit des Übergangs sollte deswegen **vier Elemente** umfassen – allesamt leichter gesagt als getan.

Das erste ist ein Prozess konstanter, **offener Debatte** über den Übergang und die Ergebnisse, die wir erhoffen. Das war noch nie einfach, und den historischen antysystemischen Bewegungen gelang es meist sehr schlecht. Aber die Atmosphäre ist heute günstiger denn je und die Aufgabe bleibt dringlich und unabdingbar – wobei die Rolle der Intellektuellen an dieser Stelle wichtig ist. Die Struktur des WSF selbst ist Ursache dieser Debatte, wir sollten darauf achten, ihren offenen Charakter zu erhalten.

Das zweite Element sollte sich von selbst verstehen: eine antysystemische Bewegung darf **kurzfristige defensive Aktionen nicht vernachlässigen**, auch nicht Wahlkämpfe. Die Bevölkerung dieser Welt lebt in der Gegenwart und ihre Bedürfnisse dürfen nicht ignoriert werden. Eine Bewegung, die sie vernachlässigt wird ihre breite passive Unterstützung verlieren, die für ihren langfristigen Erfolg wesentlich ist. Aber Motiv und Rechtfertigung für die defensiven Aktionen dürfen nicht sein, Abhilfe zu schaffen für ein zum Scheitern verurteiltes System, sondern vielmehr zu **verhindern**, dass seine negativen Auswirkungen kurzfristig **schlimmer** werden. Das ist psychologisch und politisch ein beträchtlicher Unterschied.

Das dritte Element muss sein, **mittelfristige, vorübergehende Ziele zu setzen**, welche die richtige Richtung andeuten. Ich würde sagen, dass eines der sinnvollsten Ziele – substantiell, politisch und psychologisch gesehen – der Versuch ist, selektiv, aber in zunehmendem Maße

Güter der Warenlogik zu entziehen. Wir unter-liegen heute einem Hagel neoliberaler Versuche, Dinge zur Ware zu erklären, die früher selten oder nie als für den privaten Handel geeignet betrachtet worden waren – der menschliche Körper, das Wasser, die Krankenhäuser. Wir müssen uns dem nicht nur widersetzen, sondern uns in die entgegengesetzte Richtung bewegen. Industrien, besonders zum Scheitern verurteilte Industrien, sollten der Warenlogik entzogen werden. Das bedeutet nicht, dass sie "verstaatlicht" werden sollten – was zumeist einfach eine andere Art der Warenlogik ist. Es bedeutet, dass wir Strukturen schaffen sollten, die auf dem Markt agieren, deren Ziel Leistung und Fortbestehen sind und nicht der Profit. Wie wir aus der Geschichte von Universitäten und Krankenhäusern wissen, kann das erreicht werden, – nicht von allen, aber von den besten. Warum sollte eine solche Logik für Stahlwerke, die von der Standortverlagerung bedroht sind, unmöglich sein?

Schließlich müssen wir unseren **langfristigen** Schwerpunkten eine tiefere Bedeutung verleihen. Darunter verstehe ich eine Welt, die **relativ demokratisch und relativ gerecht** ist. Ich sage "relativ", weil nur das realistisch ist. Es wird immer Ungleichheiten geben – aber es gibt keinen Grund, warum sie massiv, verkrustet oder vererblich sein sollten. Ist es das, was früher Sozialismus oder gar Kommunismus genannt wurde? Vielleicht, vielleicht nicht. Das bringt uns zum Thema der Debatte zurück. Wir müssen aufhören zu vermuten, wie die bessere (nicht die perfekte) Gesellschaft sein wird. Wir müssen darüber diskutieren, sie skizzieren, mit alternativen Strukturen zu ihrer Verwirklichung experimentieren. Wir müssen das tun zeitgleich mit den ersten drei Teilen unseres Programms für eine chaotische Welt in einem systemische Transformation. Und wenn dieses Programm unzulänglich ist, und das ist es wahrscheinlich, dann muss genau diese Unzulänglichkeit Teil der Debatte sein, die Punkt Eins des Programms ist.

*Übersetzung: Sabine Friedel
Revision: Herbert Kaser
(Auszüge, vollständiger Text in StG 26
veröffentlicht)*

Quelle:
<http://newleftreview.org/II/18/immannel-wallerstein-new-revolts-against-the-system>

